

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Expertenanhörung zum Thema „Mobbing und Gewalt an Schulen“

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 028.20 /24.01.2020

Gewalt und Mobbing an Schulen weiter entschieden entgegentreten

Sehr geehrte Damen und Herren,

Schulen brauchen Unterstützung in der Gewaltprävention und Optionen für Interventionen. Das ist nichts Neues. Spätestens seit den 90er Jahren gibt es Konzepte für eine gewaltfreie Konfliktkultur.

Auch in meinem Heimatkreis Pinneberg wurde ein Präventionskonzept erstellt. Vorbeugende Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass Gewalt gar nicht erst entsteht. Verschiedene Kooperationspartner*innen sorgen dafür, dass Betroffene angemessen begleitet werden. Hier hat inzwischen jede Schule eine*n Präventionskoordinator*in als Ansprechpartner*in für die Lehrkräfte.

Fortbildungen für Lehrende sind Bestandteil des Präventionskonzeptes, ebenso Angebote für Schüler*innen, um die Lebens- und Sozialkompetenz zu stärken. Betroffene werden aufgefangen durch Reden und Trainings in geschützten Gruppen.

Auch Sozialpädagog*innen und Schulassistenzen helfen ein gutes, angstfreies Schulklima zu schaffen. In meinem Heimatort Halstenbek finden zum Beispiel regelmäßig Projektwochen zur Prävention statt, unterstützt von unserer Ortsjugendpflegerin. Der Schulträger engagiert sich also auch.

Den Bedarf an Gewaltprävention wird es in menschlichen Gesellschaften, also auch an Schulen immer geben. Für den Umgang mit Gewalt helfen Meldewege, Beratungs- und Informationsmöglichkeiten. Diese gibt es schon.

Es ist wichtig, dass die Schulen mit Präventionsmaßnahmen und Fortbildungen auch vom Land unterstützt werden. Genau das tut das Ministerium. Mit dem Wandel unserer

Gesellschaft müssen Methoden natürlich angepasst werden. Konzepte müssen wissenschaftlich überprüft und begleitet werden. Eine Expert*innenanhörung würde nur Einzelbefunde und –meinungen wiedergeben. Deshalb ist sie überflüssig.

Es ist auch zu bedenken, dass jede Schule anders ist und auch der Umgang mit Gewalt und Mobbing an den Schulen unterschiedlich ist. Datenerhebungen sind ein gutes Instrument um Entwicklungen zu erkennen. Es ist richtig, dass das Ministerium nur Fälle zählt mit schulrechtlichen Maßnahmen. Was denn sonst? Subjektive AfD-Behauptungen wohl kaum!

Die AFD behauptet, dass Gewalt und Mobbing an Schulen „sich in einem nicht mehr tolerierbaren Maß Bahn brechen konnten“. Diese Behauptung ist durch keine Fakten belegt. Diese Partei lebt davon, Schreckgespenster zu inszenieren und Ängste zu schüren, auch mit gefühlten Wahrheiten, die keiner Überprüfung standhalten. Dazu verfolgt sie die Strategie, ihre Behauptungen oft genug zu wiederholen, sodass dann etwas davon in Erinnerung bleibt, egal ob Realität oder Hirngespinst. Damit vergiftet die AfD das Klima in unserer Gesellschaft und trägt selbst zu dem von ihr beklagten schlechten Klima an den Schulen bei.

Wir treten dem entschieden entgegen! Weder Schulen, noch Politik verschließen die Augen davor, dass Gewalt und Mobbing an einzelnen Schulen eine Herausforderung darstellen. Dazu gibt es Unterstützung. Wir haben Maßnahmen dazu in unserem Antrag dargestellt. Und sie werden stetig weiter entwickelt.

Die laut der Datenbank zum Gewaltmonitoring 585 Meldungen im vergangenen Schuljahr machen deutlich, dass wir an einigen Stellen intensiv unterstützen müssen. Wir tun das mit dem Bildungsbonus, Schulsozialarbeit, Schulpsycholog*innen, Schulassistenz und anderen Maßnahmen. Diese Unterstützung ist wichtig! 585 Ordnungsmaßnahmen bei 370.000 Schüler*innen an unseren Schulen machen aber deutlich, dass wir insgesamt ein sehr gutes Miteinander an unseren Schulen haben.

Das Ministerium erhebt überprüfbarre Daten. Das ist genau der richtige Weg, um gefühlten Wahrheiten à la AfD etwas entgegen zu setzen. Diese Daten werden wir uns genau anschauen und sehen, ob und wie wir die Unterstützungsmaßnahmen anpassen müssen. Wir stehen für faktenbasierte Politik. Deshalb bitte ich um Unterstützung für unseren Alternativantrag.
